

Vorlage für die Sitzung des Senats am 27.6.2023

Jahresbericht zur Informationssicherheit 2022 in der bremischen Verwaltung

A. Problem

Die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit kritischer Daten sicherzustellen, ist eine Herausforderung des digitalen Zeitalters. Cyberangriffe stellen eine Bedrohung für die Wirtschaft und Gesellschaft sowie für die Verwaltung dar und sind im Hinblick auf den anhaltenden Ukraine-Russland-Krieg und anderer Krisen als akut anzusehen.

Zur Gewährleistung einer nachhaltigen Informationssicherheit in der Freien Hansestadt Bremen muss daher ein Informationssicherheitsmanagementsystem etabliert und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Dem zentralen IT-Dienstleister Dataport sind zwar im Einklang mit dem Gesetz zur Gewährleistung der digitalen Souveränität der Freien Hansestadt Bremen – Land und Stadtgemeinde - viele operative IT-Aufgaben in den vergangenen Jahren übertragen worden. Doch verbleiben wichtige Managementfunktionen der Informationssicherheit in der Zuständigkeit der FHB. Um diese Aufgaben angemessen wahrzunehmen, muss der Stand des Informationssicherheitsmanagementsystems in der FHB regelmäßig erfasst werden.

B. Lösung

Mit dem mittlerweile dritten Jahresbericht zur Informationssicherheit wird beabsichtigt, den aktuellen Zustand des bremischen Informationssicherheitsmanagementsystems und dessen Entwicklung im Vergleich zu den vergangenen Jahren transparent darzustellen. Die Auswertung dieser Ergebnisse soll die Leitungsebene dabei unterstützen, gezielte Steuerungsentscheidungen zur Verbesserung der Informationssicherheit auf Grundlage von unabhängig erhobenen Daten zu treffen.

Ferner dient der Jahresbericht der Berichterstattung gegenüber dem IT-Planungsrat.

Der Jahresbericht IT-Sicherheit 2022 basiert auf einer Studie des Instituts für Informationsmanagement Bremen (ifib) der Universität Bremen, den das ifib im Auftrag des Senators für Finanzen seit 2021 jährlich erstellt. Im Rahmen dieser Studie wurden Mitarbeiter:innen der bremischen Verwaltung und des Magistrats der Stadt Bremerhaven in relevanten Tätigkeitsbereichen (Leitungen, Informationssicherheitsbeauftragte IT-Verantwortliche, Datenschutzbeauftragte etc.) über den Sachstand des Informationssicherheitsmanagementsystems in der FHB befragt.

Bei künftigen Befragungen sollen die Erweiterung der Antwortoptionen und eine detailliertere Darstellung ihrer Ergebnisse die Repräsentativität der Befragung verbessern und ihre Aussagekraft erhöhen.

C. Alternative

Eine Alternative wird nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Vorlage ist mit keinen finanziellen Auswirkungen verbunden.

Gender-Aspekte sind insofern berührt, dass Frauen in Berufsbildern der Informationssicherheit bislang unterrepräsentiert sind und hier Potentiale zur Gewinnung qualifizierter Bewerberinnen eröffnet werden können.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage wurde mit allen Ressorts und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit

Die Senatsvorlage soll nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden.

Die Anlage ist nicht zu veröffentlichen, da der Schutz von besonderen öffentlichen Belangen einer Veröffentlichung des Jahresberichts Informationssicherheit 2023 entgegensteht.

Datenschutzrechtliche Belange sind nicht berührt.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den Jahresbericht des Senators für Finanzen zur Informationssicherheit 2022 in der bremischen Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet den Senator für Finanzen im ersten Quartal 2024 um einen erneuten Bericht für das Jahr 2023 zur Informationssicherheit und bittet die Ressorts ihn insbesondere bei der Adressierung der relevanten Personenkreise in den relevanten Tätigkeitsbereichen (Leitungen, Informationssicherheitsbeauftragte, IT-Verantwortliche, Datenschutzbeauftragte etc.) zu unterstützen.
3. Der Senat bittet den Senator für Finanzen Einvernehmen mit den Ressorts darüber herzustellen, welche Funktionsstellen mindestens und verbindlich an den Befragungen teilzunehmen haben.

Anlage:

Jahresbericht Informationssicherheit 2022.